

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Druckerei: Nachrichten Dresden
Bemücher-Sammelnummer: 25941
Nr. 12 Nachdruck: Nr. 2011
Geschäftsführer: Hauptgeschäftsstelle:
Dresden - S. 1, Stadtkirche 28/42

Bezugsgeschr. bei täglich zweimaliger Auslieferung monatlich 8.40 M., einschließlich 80 Pf. für
Zeitung, durch Postbezug 8.40 M., einschließlich 80 Pf. Postgebühr (ohne Postauslieferungsgeschr.)
bei etwa wöchentlichem Verlust. Einzelnummer 10 Pf. Anzeigenpreise: Die einzahltige 20 mm
breite Zeile 25 Pf., für auslängt 40 Pf. Familienanzeigen und Stellengeschr. ohne Rabatt
15 Pf., außerhalb 25 Pf., die 20 mm breite Zeile auslängt 200 Pf., außerhalb 250 Pf. Offerten-
gebur 30 Pf. Ausdrückliche Aufforderungen gegen Herausgeberin

Druck u. Verlag: Vieisch & Reichard,
Dresden, Postfach 810, 10/8 Dresden,
Nachdruck nur mit deutl. Quellenangabe
(Dresden, Nachr.) zu stellen. Unterlangsame
Schätzkästen werden nicht aufbewahrt

Brünning vor dem Landgemeindetag

Kritik an der kommunalen Finanzpolitik

Berlin, 21. November. Im Sitzungssaal des Reichstags auf eine mittlere Linie eingestellt werden müssen. Die Reichsregierung ist mit gutem Beispiel vorangegangen. Das ganze Steuervereinfachungsgebot, das der Reichsrat hoffentlich in der nächsten Woche verabschiedet, hat den Zweck, die Steuern so zu vereinfachen, daß wieder Klarheit und Rechtsicherheit eintritt und gleichzeitig Erfahrungen an der Verwaltung. Das wird in ganz erheblichem Maße nach Durchführung des Gesetzes innerhalb zwei Jahren der Fall sein. (Unruhe und WiderSpruch.)

Reichskanzler Dr. Brünning

ergriff dann zu einigen Ausführungen über den Finanz- und Wirtschaftsplan der Reichsregierung das Wort. Die Regierung wisse, wie schwer gerade die Lage der Landgemeinden sei. Der fürchterliche Sturm der Agrarkrise und industriellen Krise ängstigt zuerst die Landgemeinden, die ohne steuerliche Reserven daständen. (Sehr richtig!) Aber Deutschland sei nicht das einzige Land, das die Wirtschaftsentwicklung überschätzt habe und jetzt zu drakonischen Sparmaßnahmen greifen müsse. Die Politik der Reichsregierung habe die stärkste Unterstützung aller Länderregierungen gefunden. Trotz der Agrarkrise sei es der Regierung gelungen, die Agrarpreise vom Weltmarkt abzuhalten. In nächster Frist werde die Regierung weitere Maßnahmen treffen, denn von der Solidierung der Landwirtschaft der könne ein großer Teil der Arbeitslosigkeit beseitigt werden. (Sehr richtig!) Nebenamtlich sehe das neue Realsteuergesetz einen Ausgleichsfonds vor, aus dem den Gemeinden geholfen werden solle, die durch Wohlfahrtsausgaben besonders belastet seien. Für das nächste halbe oder ganze Jahr könne die Regierung noch keine volle Befriedigung herstellen. Sie wolle die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten nur soweit abbauen, daß das Vaterland nicht völlig zusammenbreche. (Bravo!)

Die Lage sei erheblich schwieriger als Ende 1928.

Man könne nicht an das Ende wieder eine Rentenmark leben. Man könne nur eine Stabilisierung in der gesamten öffentlichen Finanzwirtschaft herstellen. Wer meine, daß nur die Reparationen die Schuld tragen an unseren Sorgen, der verschließt die Augen vor der Wirklichkeit. Das deutsche Volk und alle seine Vertretungen haben die wirtschaftlichen Möglichkeiten in den letzten Jahren ebenso überschätzt wie das Ausland und habe durch unnötige Bauten dem Ausland gegenüber ein vollkommen falsches Bild geschaffen. (Lebh. Zustimmung.) — Zur Beamtenfrage übergehend, betonte Brünning, sowohl in der Erklärung der Reichsregierung im Reichstag wie auch im Reichsrat habe sich die Reichsregierung schäsend vor die Beamenschaft gestellt. Andere Länder muteten ihren Beamten aber noch härtere Opfer zu als Deutschland, obwohl die Beamten dort nicht so gut bezahlt würden. (Man darf nicht einen Stand von den Opfern ausnehmen.) (Lebh. Beifall.)

Schon 1929 haben wir gewaltige Abstriche am Reichsstaat in Höhe von 180 Millionen vorgenommen. Im nächsten Jahre betragen die Abstriche nahezu eine Milliarde. Wenn Sie an der Reichsregierung kritisieren, dann muß ich auch

eine ermahrende Worte an Sie

richten. Als 1929 die bedrohliche Situation klar wurde, hat die Reichsregierung angefangen zu sparen. Aber dieser Sparvorsatz ist nicht überall durchdrungen, denn solange die Überweitung weiterstehen, hat man in der Kommunalpolitik vielfach geglaubt, man könne auf ein bestimmtes Maß an Einnahmen auf alle Zeit rechnen. (Ause: Das ist nicht richtig! Das waren nur die Städte!) Das war 1924 die Einschätzung in der gesamten Kommunalpolitik. Man wird sich eben in alle Zukunft darauf einstellen müssen, daß schlechte Jahre auf gute Jahre folgen, und daß die Ausgaben im Staat

wenn Sie nicht daran glauben, dann kann ich Ihnen allerdings den Glauben nicht beibringen.

Ich darf Sie aber bitten, erst einmal die Gesetze anzusehen und sich erst dann Ihr Urteil zu bilden. (Sehr gut! Beifall.) Im übrigen möchte ich damit schließen, daß entscheidend für die weitere wirtschaftliche Entwicklung die Durchführung in schnellstem Tempo des Gesamtprogramms der Reichsregierung ist. Wenn man den Mut gehabt hat, auch in der schwersten Stunde zu zugreifen und zu handeln, dann ist noch nie ein Volk verloren gewesen. Wenn Sie von diesem Glauben befreit werden an Ihre Arbeit gehen, sind auch die Landgemeinden und ihre Zukunft nicht verloren, sondern sie sind gesichert." (Stämmischer Beifall.)

In seinen Dankesworten an den Reichskanzler erklärte der Vorsitzende, die Darlegungen Brünning bewiesen, daß die Reichsregierung keinen Anteil an den Sorgen der Landgemeinden nehme. Das werde günstige Wirkungen im Lande auslösen.

Der preußische Innenminister Severing

wünschte der Tagung namens der preußischen Staatsregierung einen Berlauf und führte u. a. noch aus: „Als Mitglied des Reichstages gebe ich gern zu, daß durch die Reichsgesetzgebung auch den Landgemeinden Kosten auferlegt worden sind, unter denen sie jetzt sehr schwer zu tragen haben. Oft ist im Reichstage die Verschwendungsucht der Gemeinden kritisiert worden. Ich meine: Wir sind allzumal Sänder gewesen.“

Reichsernährungsminister Schiele

hat, gegen alle Resignation, gegen allen Radikalismus sich zu stellen, nicht zwischen diesen beiden Extremen herumzupendeln. Den schweren Opfer der Landwirtschaft mußten anstrengend gebracht werden, um die Bevölkerung aufzurütteln.

Jahrzehnte hindurch haben wir allmählich Geschäftspolitik getrieben, nicht nationale und reale Politik.

Das eine haben wir in der Hoffnung der industriellen Entwicklung heute noch nicht ganz begriffen: daß die Ernährungsschwäche der Nationen auf dem Lande liegt. Aus der fortwährenden Unrentabilität der Landwirtschaft, besonders im Osten, resultiert eben die mangelnde Kaufkraft. Daher die Abwanderung aus dem Osten.

Da muß die Siedlung wieder einsetzen.

Eine mit größtem Nachdruck betriebene Agrarpolitik ist die sicherste Grundlage der deutschen Volkswirtschaft überhaupt. Es gelte vor allem, den Ausgleich zwischen Erzeuger- und Verbraucherinteressen zu suchen, aber auch den Ausgleich zwischen dem Erzeugerpreis und dem vielfach noch überbauten Verbraucherpreis.

Reichsminister Trevorinus

sprach in seiner Eigenschaft als Reichskommissar für die Osthilfe über die Hilfsmaßnahmen für den Osten. Bei den Steuererleichterungen lämen den Landgemeinden zwei Drittel der staatlichen Hilfe augute. Das neue Osthilfegesetz werde hoffentlich bald verabschiedet werden, um den Ausbau des Hilfswerkes in den nächsten Jahren zu ermöglichen.

(Die Verhandlung dauerte bei Schluß der Redaktion an)

Eine neue Militärdiktatur in Spanien?

Der König verhandelt mit General Mola

Paris, 21. Nov. „Oencre“ und „Populaire“ wollen aus sicherer Quelle erfahren haben, daß König Alfonso von Spanien eine neue Militärdiktatur nach dem Putsch Primo de Rivera vorbereite und zu diesem Zwecke vorgekehrt mit General Mola, dem Leiter der spanischen Sicherheitspolizei, verhandelt habe. Das geplante Militärdiktatorium soll anhier General Mola noch General Martínez Alido, den früheren Innenminister unter Primo de Rivera, General Saro Mitglied des ersten Direktoriums Primo de Riveras und General Barrera umfassen.

Der gegenwärtige Ministerpräsident, General Berenguer, soll, als er von den Verhandlungen zwischen König Alfonso und General Mola Kenntnis erhalten hatte, sich zum König begedenken haben. Über die zwischen beiden geführten Verhandlungen verlautet nichts, aber General Berenguer soll im Anschluß daran ein Kommunikat ausgegeben haben, durch das er auf diesen Staatsstreich des Königs „vorbereitet“ und jede Verantwortung für die „unabhängigkeit von seinem Willen“ sich abspielenden Ereignisse ablehnen läßt.

Der Generalstreik in Barcelona ist noch nicht völlig beendet. Auch am Donnerstag kam es wieder zu

Schiebereien zwischen Arbeitern und der Polizei. Der Verkehr ist stark eingeschränkt. In Manresa und Castellón wurde der Generalstreik erklärt. Die Studenten der Universität Murcia sind in den Streik getreten, ebenso die Gymnasiasten in San Sebastián, Ponferrada und anderen Orten. Aus Burgos, Segovia und La Granja wurde je eine Infanteriekompanie zur Verstärkung der Polizei nach Madrid beordert.

Der neue badische Staatspräsident

Karlsruhe, 21. Nov. In der gestrigen Nachmittagssitzung des Badischen Landtages wurde der Innenminister Willemann (Zentrum) mit 52 Stimmen des Zentrums und der Sozialdemokraten zum Staatspräsidenten gewählt. Zu seinem Stellvertreter wurde mit 51 Stimmen der Minister für Kultus und Unterricht Dr. Nemmele (Soz.) bestellt. 19 Abstimmungen waren unbeschrieben.

Eine Enzyklika des Papstes über Frieden und Abrüstung. Einem amerikanischen Funkspruch aus Wallau-Stadt auf folge wird Papst Pius XI. in Kürze eine Enzyklika die sich mit dem Weltfrieden und der Abrüstung befäßt, veröffentlicht.

Russischer Winter

Abfallstufen von führenden Staatsbeamten, Prozesse gegen irgendwelche Spezialisten und Massenerschiebungen von gewöhnlichen Tieren sind für die Umwelt schon seit langem ein untrügliches Zeichen geworden, daß irgend etwas faul ist im russischen Bolschewisteparadies. Darum dürfen wir versichert sein, daß auch gegenwärtig Bäckerchen Stalin nicht von ungefähr und aus einer bloßen Despotenlaune in den Reihen seiner allein seltmachenden Partei wütet. In den letzten Monaten hat er wieder gründlich „gesäubert“. Der Finanzkommissar, der Präsident des Obersten Wirtschaftsrates, der Leiter der staatlichen Plankommission, der Staatsbankpräsident und die Vorsitzer verschiedener untergeordneter Finanzinstitute muhten einer nach dem andern über die Klinge springen. Parallel mit dieser Aufräumungsarbeit in den hohen Verwaltungsstellen gingen politische Aktionen der OGPU gegen Verbrennen wirtschaftlicher Art, deren Ergebnis in den fast alltäglichen Meldungen der Sowjetpresse über Hinrichtungen zum Ausdruck kommt. Und daneben greift nun auch der Arm der Klassengerichtsbarkeit ein durch einen großen Prozeß gegen acht Professoren, die sich als Sachverständige an der Technischen Hochschule, an Textilinstituten und bei hohen Wirtschaftsbehörden auf eine Verschwörung im Bunde mit dem Ausland eingelassen haben. Die Engländer und Franzosen erklären zwar die ganze Angelegenheit als eine „idiotische Errfindung“, aber die Hilfe vom Ausland wird die ungünstlichen Spezialisten nach den Gebräuchen der Sowjetjustiz nur noch mehr belasten. Natürlich ist die politische Seite dieser Neuauslage des Schachtprozesses ein aufgelegter Schwindel. Das wirkliche Verbrechen der Professoren wird darin liegen, daß sie wirtschaftspolitische Maßnahmen der Regierung aus fachlichen Gründen bekämpft haben. Und das genügt, um ihnen als staatsgefährlichen Verschwörern den Prozeß zu machen, um so mehr, als die Herren im Kreml wieder einmal Sündenböcke brauchen, auf die sie die Kritik und die Verzweiflungsausbrüche der öffentlichen Meinung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

Alle diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegebene Quantum bei weitem nicht abgeliefert worden, und da es anderseits an Konsumwaren fehlt, um die Bauernwirtschaften zu befriedigen, heißt man in Sowjetkreisen die gleichen Beschränkungen für die Winterauslastung wegen der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung ablenken können. Wenn es mit der Lebensmittelversorgung und mit der Beschaffung von Industrieprodukten nicht nach Wunsch geht, dann ist eben nicht die verfehlte Politik der Regierung schuld, sondern die Sabotage der im geheimen immer noch kapitalistischen Ideen dienenden Spezialisten. Man stellt sie an die Wand und zieht damit das Ventil für den Ausbruch der Volksnuit nach der richtigen Seite.

All diese Anzeichen deuten darauf hin, daß die Krise dieses mal von der Wirtschaft und von den Finanzen her kommt. Und die russischen Zeitungen bestätigen trotz der Zensur diese Aussicht, denn sie sind überwältigt mit Meldungen über eine Verschärfung der Lage in der Landwirtschaft, in der Industrie und in den Städten. Die Getreidekampagne hat die Erwartungen der Behörden enttäuscht. Trotz der verhältnismäßig guten Ernte ist das den Bauern aufgegeb

richt? Wir wissen ja aus eigener Erfahrung, was die Anzeichen bedeuten, die ein deutscher Berichterstatter in Moskau folgendermaßen schildert: „Uebertall haben und niemand es mit den Zahlungen, und prompt tauchen immer mehr russische Geldscheine als Beweis eifriger Arbeit der Notenpreise auf; die Preise des freien Marktes verdoppeln sich, verdrängen sich, verschwinden sich; auch der Staat schraubt seine Lebensmittel- und Warenpreise hoch, ohne Gehälter und Löhne zu erhöhen; Hartgeld wird gehäusert, wird weit über den Neupreis bewertet; Valuten steigen schwarzbörslich zu nie gesehenen Kurien — kurzum: man rutscht langsam aber sicher in eine Inflation hinein, die kaum mehr aufzuhalten scheint.“ Städter und Bauern flüchten sich in Valuten, in Gold und Edelsteine; sogar Papiergele wird unbegreiflicherweise gehäusert und die Notenpreise wird damit automatisch zu vermehrter Tätigkeit angewandt. Die Theorien der sowjetischen Finanzmänner, daß im Sowjetreich eine Inflation durch die Rinnennahrung und das Handelsmonopol unmöglich sei, sind damit in die Brüche gegangen. In der Enge der russischen Wirtschaftsverhältnisse hat schon der Spartrieb der Bevölkerung und das Vorhandensein eines privatwirtschaftlich denkenden Bauerntums genügt, um der Inflation den Weg zu bahnen. Dasselben Hindernis verprellen vorläufig auch den radikalsten Ausweg aus der Währungskrise, der in der Rückwendung des idealen sozialistischen Staates in den vollständigen Absehung des Geldes und seines Erstes durch ein System von Gutscheinen für geleistete Arbeit — Bonus auf Lebens-

mittel, Waren usw. — liegen müßte. An diese äußerste Konsequenz wagen sich nicht einmal die wildesten Bolschewisten heran. Sie haben sich vielmehr entschlossen, die Reitung aus der Inflation mit den gleichen Mitteln wie die Kapitalisten zu suchen: durch Abbau des Zahlungsmittelsummlaufs auf dem Wege über die Ordnung der Staatsfinanzen. Der Ruf nach Sparfamilie und die Forderung, daß die Ausgaben von den Einnahmen abhängig gemacht werden, diese typisch "bürgertlichen" Sanierungsmeiden sind auch im Sowjetreich zur großen Parole geworden. Der neue Finanzkommissar Grinko ist mit der Aufgabe betraut worden, diese Maßnahmen "diktatorisch" durchzuführen. Wie er „die Mittel der Besserung mobilisieren“, wie er vor allem aus dem Dorf das gehäuserte Geld herauslösen will, das ist bisher strengstes Geheimnis. Vorläufig ist von seiner Tätigkeit nichts weiter bemerkbar geworden, als daß die Geldknappheit und die Währungskrise weiter um sich greifen und der Monat Oktober wieder mit einem Defizit von einer Billionenmilliarde Rubel abgeschlossen hat.

Wir empfinden deswegen keine Schadenfreude, denn es handelt sich um das Leid und Sterben des großen russischen Volkes. Aber wir stellen fest, daß der Marxismus in der reinsten Verwirklichung des Sowjetstaates statt des wirtschaftlichen Segens, den er der Welt zu spenden versprach, nur Unglück über die Menschen bringt, die seiner Herrschaft ausgeliefert sind. Viel härtere Not und viel größeres Elend, als man es in der "kapitalistischen" Welt nur ahnt.

Kur die Demokraten sind mit Curtius zufrieden

Das Berliner Presseecho

Drahtmeldung unserer Berliner Schriftleitung

Berlin, 21. Nov. Daß der deutsche Außenminister das Werk der Stunde nicht verstanden hat, geht aus dem Echo her vor, daß seine geistige Rede in der Berliner Presse findet. Die rechtsstehende Kreise aller Schattierungen ist mit dieser Rede nicht einverstanden. Offiziell ist „Dr. D.A.“ stimmt ihm, vermutlich aus Solidaritätsgefühl zum Reichsaußenminister Dr. Brünning, zu. Daß die demokratischen Blätter mit Dr. Curtius zufrieden sind, ist weniger außenpolitisch als parteipolitisch zu werten. Nur für den „Vorwärts“ war die Rede Dr. Curtius „zu scharf“.

Ein Ueberblick über die Presse gibt im einzelnen folgendes Bild: Die „Deutsche Zeitung“ erklärt, Curtius habe gegenüber Tardieu nur matte juristische Widerlegungen geäußert. Zuvor aber habe er selbst diese schwache Abwehr entkräftigt, indem er mit

offener Spize gegen das nationale Deutschland wiederum verschwiegen, daß „ein Kündigungsschluß nach dem Muster der Vortriebszeit“ nicht erfüllt werde, sondern daß man sich trotz alter Radikalität weiterhin allezeit für Deutschland nur von der berühmten „internationalen Solidarität“ etwas verspreche. — Der „Berliner Volkszeitung“ erläutert, die Curtiusrede sei zwar sensationell angekündigt worden, sei jedoch ohne jede Sensation verlaufen. Tardieu habe unabweisbar erklärt, daß Frankreich gar nicht daran dachte, abzurücken und daß es ein deutsches Vertragsrecht auf Aufrüstung nicht anerkenne. Wie angekündigt dieses Vertretungsmitglied Curtius die Vorfahrt der Verständigung mit Frankreich überzeugt noch über seine Lippen bringen könne, sei unfaßbar. — Die „Deutsche Tagesschaltung“ hat angekündigt, die Rede Dr. Curtius sei zweifellos eine klare Auseinandersetzung mit den französischen Befürwortern der Vorfahrt. — Die „Deutsche Tagesschaltung“ hat angekündigt, die Vorfahrtfrage nicht angeschritten habe und befürchtet sich schließlich mit der Erfassung des Außenministers, die Werbung werde sich doch durchsetzen. „Gerade das glauben wir nicht!“ meint die „Deutsche Tagesschaltung“.

„Wir sind davon überzeugt, daß sich der stärkere und jähre Wille durchsetzen wird.“

Sehr zurückhaltend äußert sich die „Berliner Börsenzeitung“, die vornehmlich zum Ausdruck bringt, die Rede des deutschen Außenministers enthebe immerhin nicht einer Deutlichkeit, die hoffentlich den entsprechenden Eindruck mache, vor allem in Frankreich. Die Rede ist eine völlig schein-

verständliche Tat gewesen. Die Revisionsbewegung sei im Fluss, und von deutscher Seite müsse alles getan werden, um sie auch fernherin in Fluss zu halten.

Amerikanische Börsengerüchte

Berlin, 21. Nov. Einem Bericht aus New York zufolge schlägt man in amerikanischen Börsenkreisen aus der Curtiusrede, daß schon am 1. Januar 1931 als der Termin für die deutsche Moratoriumserklärung zu gelten habe. Der 1. März wird als Termin für die Forderung nach Zahlungsausschuß genannt. Es wird ferner behauptet, daß Harrison, der Präsident der New Yorker Bundesreservebank, Europa bereits davon verständigt habe, daß die Hoover-Regierung diesen Termin ausstimmen werde. Eine Bestätigung dieser Gerüchte ist nicht möglich.

Fliegt „Do. X“ über den Ozean?

Berlin, 21. Nov. „Daily Herald“ veröffentlicht einen Bericht seines am „Do. X“-Flug teilnehmenden Mitarbeiters, wonach

zwischen Dr. Dornier und Kapitän Christianen ernste Differenzen

über den Flug der „Do. X“ bestanden. Offenbar handelt es sich bei diesen Differenzen jetzt um die Entscheidung, die getroffen werden muß, ob der „Do. X“ den Amerikaflug fortführen soll, oder ob er den Sprung über das Große Wasser lieber nicht unternimmt. In Sachverständigenkreisen befürchtet man, daß der Versuch, von den Azoren noch den Atlantik und das zu gelangen, einen Schlag bringt könnte, da der „Do. X“ nicht genügend Brennstoff an Bord führen könnte. In Lissabon muß sich jedoch nun mehr entscheiden, ob der Flug angetreten werden soll, oder ob „Do. X“ nach Deutschland zurückkehrt.

Der für heute geplante Weiterflug der „Do. X“ von Santander nach La Coruña mußte wegen erneuten schlechten Wetters an der spanischen Nordküste unterbleiben.

Großjährigkeitsverklärung des Erzherzogs Otto

Brüssel, 21. Nov. Am Donnerstag stand auf Schloß Steenodrezel die Großjährigkeitsverklärung des Erzherzogs Otto statt. Kaiserin Zita verkündete vor den verfammelten Persönlichkeiten, daß der Erzherzog in Zukunft der alleinige Chef der Domäne Habsburg sei. Doron wurde in der Kavalle durch Montanore Sendel, den ehemaligen Hofalmosenier, eine Messe gelesen.

Arthur Wolff

Zum Tode des Direktors des Bühnenvereins

Die Kreise, die dem inneren Betriebe der deutschen Theater ternerkenne, werden dazu begreifen, daß der Tod des Berliner Rechtsanwaltes Arthur Wolff, über den wir kurz berichtet haben, von allen Bürgernmenschen als ein schwerer Schlag und förmlich wie ein persönlicher Verlust empfunden wird. Als geschäftsführender Direktor des Deutschen Bühnenvereins hat Wolff eine so ausgebreitete und den Gang der Entwicklung so entscheidend mitbestimmende Tätigkeit ausgeübt, daß ihm ein ganz wesentlicher Anteil an der gegenwärtigen Gestaltung der Theaterverhältnisse zuerkannt werden muß. Seine juristischen Kenntnisse und seine menschliche Persönlichkeit haben ihm diesen Einfluß und diese allgemeine Weltung verschafft. Er nahm im Bühnenverein unter den Direktoren eine dominierende Stellung ein und hatte in der Organisation der Bühnenkünstler, in der Deutschen Bühnenengelochtschaft, eine kaum bestreitbare Autorität. Er hat als wichtiger Rechtsanwalt den Bühnenverein in allen juristischen Angelegenheiten entschärft vertreten und war schon mit dieser Amtstätigkeit vollaus beschäftigt. Auch in der Beziehung zu dem Verband der gemeinnützigen Theater, der sich im Laufe der Entwicklung als Unterorganisation des Bühnenvereins herausgebildet hat, nahm Wolff eine führende Stellung ein. Daß er in den Verhandlungen mit der Gemeinschaft, die so reich an Kämpfen waren, dem Partner die höchste Achtung vor seinem Charakter abnötigte, war der höchste Triumph auch seines menschlichen Wesens. Die Bühnenleute auf beiden Seiten sind voll des Respekts über seine Fähigkeit, Streit zu schlichten, wie über seine vornehme und verbindliche Art. Alle erkannten, daß Arthur Wolff nur für das Theater lebte und starb, und daß er ein Kenner des Theaters bis in die hinterste Winde war. Diese Leidenschaft für die Bühne war das tragende Element seiner praktischen Tätigkeit.

Arthur Wolff war Berliner Kind, am 26. Juni 1881 in Berlin geboren, hier auf dem Gymnasium und der Universität gebildet und neben seiner Jurisprudenz von früh auf mit Literatur und Theater beschäftigt. War doch in seiner Jugend das Theater unter Brahms und Reinhardt zu einer Macht geworden, die sich kein rechter Heit in der Weltstadt entzog. Wolff verlor sich auch literarisch und betätigte sich journalistisch, so daß er auf diesem Wege immer tiefer in die Welt des Theaters eintrat. Große Meilen erweiterten seine Weltkenntnis, und so war es ein glücklicher Griff, den der Bühnenverein tat, als er den jungen Rechtsanwalt in seine Verwaltung aufnahm.

Von seiner menschlichen Persönlichkeit wird überall in bestechender Ausdrucks gebracht. Wolff war ein glänzender Gesellschafter, ein bezaubernder Charakter, voll von gesitteten Geschichtchen und liebendwürdigen Anekdoten, in allen Kreisen daher gern geliebt und bearbeitet. Die Grundsätze dieser Vorlage war eine hohe Güte, die ihn auch bestätigte, in allen Verhandlungen nach Ausgleich und Beilegung des Streites zu treiben, ohne doch wesentliche Tugen preiszuerklären. Das alles verhalf ihm die allgemeine Achtung, aus der heraus einer grohe Einfluß zu erklären ist, den er auf die inneren Angelegenheiten des deutschen Theaters ausgeübt hat. Seine

Arbeitskraft war unermüdblich, und so ist er auch gewissermaßen in den Stelen gestorben, noch nicht 50 Jahre alt. Noch in der letzten Zeit war Wolff zur Schlichtung schwerer, vor allem wirtschaftlicher Kämpfe im Theaterleben mit äußerster Anspannung der Kräfte tätig. Sein Tod wird von allen, die mit ihm in Berührung kamen, als unerleglicher Verlust des getreuen Sachwalters der deutschen Theater empfunden und beklagt. Er hat sie auch als Chefredakteur der Zeitschrift „Deutsche Bühne“ ausgewirkt. F. Z.

Kunst und Wissenschaft

Wochenspielplan der Sächsischen Staatsoper

Opernhaus

Sonntag (28), außer Auecht: „Siegfried“ (8 bis gegen 10.45). Montag, für die Dresdner Theatergemeinde des Bühnenvereinsbundes (kein Bühnen-Kartenverkauf): „Lindine“ (7.30 bis gegen 10.45). Dienstag, Auecht B: „Vom Frischer und seiner Frau“; „Don Ranudo“ (8 bis 10.15). Mittwoch, Auecht B: „Spiel oder Ernst?“; „Lord Spleen“ (7.30 bis gegen 10.45). Donnerstag, Auecht B: „Manon Lescaut“ (8 bis 10.45). Freitag 2. Sinfoniekonzert, Reihe A (7.30); vormittags 11.30 Uhr öffentliche Hauptprobe. Sonnabend, Auecht B: „Martha“ (8 bis gegen 10.30). Sonntag (29), außer Auecht: „Hölderlin“ (5 bis gegen 10.30). Montag, Auecht A: „Journalist über Bord“ (8 bis gegen 10.15).

Schauspielhaus

Sonntag (28), außer Auecht: „Das Grabmal des unbekannten Soldaten“ (8 bis nach 10.30). Montag, Auecht B: „Souverän“; „Eins, zwei, drei“ (8 bis 10.15). Dienstag, Auecht B: „Minna von Barnhelm“ (8 bis gegen 10.45). Mittwoch, Auecht B: „Der Kaufmann von Emden“ (8 bis nach 10.30). Donnerstag, außer Auecht, zum ersten Male: „Penitellea“ (8). Freitag, Auecht B: „Journalist über Bord“ (8 bis gegen 10.15). Sonnabend, Auecht B: „Penitellea“ (8). Sonntag (29), außer Auecht: „Meine Schwester und ich“ (8 bis nach 10.30). Montag, Auecht A: „Journalist über Bord“ (8 bis gegen 10.15).

Mitteilungen der Sächsischen Staatsoper

Opernhaus

Sonntag den 28. November, außer Auecht, 3. Aufführung des Nibelungenzyklus „Siegfried“ mit Kurt Taucher in der Titelpartei, Blasche, Schmalzauer, Lange, Bader, Eugenie Burhardt, Helene Jung, Erna Berger. Musikalische Leitung: Busch; Inszenierung: Erhardt. Anfang 6 Uhr.

* Spielplan der Komödie. Mittwochabend 8.15 Uhr: „Das Rondo A.“ Sonntag (30) 8.30 Uhr zum letzten Male: „Charles Tanie“.

* Spielplan des Albertheaters vom 24. November bis 1. Dezember. Montag (24) „Marguerite“: 2*. Dienstag: Gastspiel the English Player's „Hamlet“. Donnerstag „Romantic Guster“; Freitag „Marguerite“: 2*. Sonnabend „Das dumme Englein“. Sonntag (28) 4 Uhr: „Das dumme Englein“; 8 Uhr: „Komische Guder“. Montag (1) „String“.

* Spielplan des Meisterspiels vom 22. November bis mit 1. Dezember. Sonntag (28), nachm. 3 und abends 8 Uhr: „Aischen-

Oertliches und Sächsisches

Die sächsischen Notverordnungen vor dem Reichstag

Am heutigen Freitag hielt der Reichsausschuß des Landtages eine Sitzung ab zur Beratung der Vorlage, die die vom Gesamtministerium in der Zeit, während der der Landtag nicht versammelt war, auf Grund von Artikel 40 der Verfassung erlassenen Notverordnungen betrifft. Das im Rahmen dieser Notverordnungen erlassene Gesetz ist überzeugend und das Gesetz über die Grundsteuer wurde gegen die Stimmen der Kommunisten angenommen. Die Beratung über die Getränkesteuer wurde mit der die Bürgersteuer und die Biersteuer verknüpft sind, dauern noch an. Bei diesem Punkt erklärte die Regierung, daß diese Steuern auch für den Fall, daß die Notverordnungen im Landtag abgelehnt würden, stehen bleiben würden.

Auf Grund der Erkenntnis, daß alle Gemeinden trotzdem seien, seien diese von der Regelung angewiesen worden, die Steuern nach der Reichsnotverordnung einzuführen, unabhängig davon, ob der Landtag die Notverordnungen annehmen würde oder nicht. Es sei nicht Sache des Landtages, zu erwägen, ob die Reichsnotverordnung rechtsgültig ist; sie sei da, und danach habe man sich auch in den Ländern und Gemeinden zu richten.

Die Verhandlungen dauern noch fort.

Schulferien im Jahre 1931/32

(N.) Seit einiger Zeit beschäftigt man sich in der Dienstlichkeit wieder lebhaft mit der Frage der Neuordnung des Schuljahres und der Beliebung der Ferien. Sie ist zu Beginn dieses Jahres auch im Sächsischen Landtag behandelt worden. Der Unterrichtsausschuß der Länder wird eingehend prüfen, sobald die an der Frage interessierten Organisationen, insbesondere die Lehrervereine, die Elternverbände und die wirtschaftlichen Organisationen sich dazu geäußert haben. In Sachsen ist dies bereits geschehen; die beteiligten Kreise haben sich überwiegend dahin ausgesprochen, daß an dem Schuljahrsbeginn im Frühjahr festgehalten werden möchte und daß sich auch die bisherige Ferienordnung im allgemeinen durchaus bewährt habe. Soweit sich bisher übersehen läßt, nehmen außer Bayern auch die anderen deutschen Länder diesen Standpunkt ein.

Vor weiterem ist nur die Entschließung des Unterrichtsausschusses abzuwarten. Dies wird jedoch keinesfalls bereits für das nächste Schuljahr in Betracht kommen. Das Ministerium für Volksbildung hat daher in der neuesten Nummer seines Verordnungsblattes die Ferien für das Schuljahr 1931/32 auf Grund der bisherigen Ordnung wie folgt festgestellt:

Osterferien	vom 22. März bis 7. April
Frühlingsferien	23. Mai bis 30. Mai
Sommerferien	11. Juli bis 17. August
Herbstferien.....	3. Oktober bis 10. Oktober
Weihnachtsferien	24. Dez. 1931 bis 6. Januar 1932

* Todesfälle. Im Alter von 65 Jahren verschied am gestrigen Donnerstag auf Burg Rauenstein bei Lengenfeld der Major a.D. im früheren Königl. Sächs. Infanterieregiment Nr. 21 und ehemalige Adjutant des Königs Georg von Sachsen Herr Hans v. Herder. — Wie schon kurz mitgeteilt wurde, wurde am 18. November das Mitglied der Reichsbahndirektion Dresden Reichsbahnoberrat Hans Hoffmann in seinem Dienzimmer von einem Schlaganfall erlegt. Nach juristischem Studium und Vorberufungsdiplom stand er seit 1. August 1902 im Eisenbahndienst, wurde am 1. Juni 1905 Finanzassessor und am 1. Januar 1909 Finanzamtmann. Am 21. Dezember 1909 wurde ihm der Titel und Rang als Finanzrat verliehen. In den Jahren 1909 bis 1919 gehörte er dem Eisenbahncentralamt in Berlin an. Mit seiner Ernennung zum juristischen Oberratkehrte er am 1. Januar 1920 nach Dresden zurück und war bis zu seinem Tode Personaldekan der Reichsbahndirektion Dresden. — Am Mittwochabend verzog nach längerem Leben in Aloisie der Amtsgerichtsdirektor Dr. jur. Karl Kutsch, Leiter der Abteilung X — Jugendgericht — des Dresdner Amtsgerichts, im 60. Lebensjahr an einem Herzschlag.

* Beerdigung in der Kreuzkirche. Die Sonnenabendmesse des Kreuzhauses läßt diesmal aus. Dafür findet abends 8 Uhr ein Sonntagnachabend des Bühnenvereins statt. Zur Aufführung gelangen: Dok. Sch. Bach: Kantate Nr. 27: „Wer weiß, wie nahe wir mein Ende.“ Kantate Nr. 161: „Komm, du süße Todestund.“ Kantate Nr. 140: „Wohet auf, ruft uns die Stimme.“ — Zum Abschluß am 7. Uhr (Posaunenchor von Pforter Ad. Müller): 1. Witten wie im Leben sind. Zug von Grubbaus. 2. Mit Fried' und Freude fahr' ich dahin. Wittenberg 1924. 3. Christus, der ist mein Leben. Original von Gulpus. 4. Wohet auf, ruft uns die Stimme, rhythmisches Wort.

* Klavierabend. Anthea Bomberg, eine junge, hübsche in Dresden unbekannte Engländerin, hinterließ mit ihrem Auftreten im Künstlerhaus einen sehr vorstellbaren Eindruck. Neben Studien von Mozart, deren Ausdruck zwar sehr artig, aber doch ein wenig zu kühl und spielerisch anmutete, hatte die Pianistin ausdrücklich Werke von Brahms gewählt. Und offensichtlich liegt ihr die Darstellung dieser Musik am nächsten. Die Händelvariationen und die beiden Intermezzi opus 118 erschienen als die schönen Gestaltungen und brachten die Vorzüge der Pianistin am besten zur Geltung: ein natürliches, liebender Vortrag, ein wohlgebildetes technisches Können, vor allem aber ein feiner Klang Sinn und ein bilden überraschend schön gebundenes

